



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,
in der Bundestagsdebatte
am **D o n n e r s t a g**
(21.2.2019) hat mich das
Statement einer Abgeord-
neten der Linken zur Neu-
regelung des Paragraphen
219a besonders betroffen
gemacht. Sie bewertete es
für alle Frauen aus der
ehemaligen DDR, als
schmählich und entwürdi-
gend, dass wir den Para-
graphen 219a nicht ersatz-
los streichen. Sie berief
sich dabei auf die gute Er-
fahrung der Freiheit der
Abtreibung in der DDR für
alle Frauen.

Mir wurde dabei schmerz-
lich bewusst, wie sehr das
Menschenbild des Marxis-
mus über Jahrzehnte an
den Grundfesten unseres
christlichen Menschenbil-
des und an dem des
Grundgesetzes gerüttelt

hatte und über die lange
Zeit nun im Fühlen und
Denken der Menschen irre-
versible Schäden hinterlas-
sen hat. Die ganze Debatte
zeigt immer wieder, dass
es nicht um das Werbever-
bot und die Informations-
möglichkeit alleine geht,
sondern vielmehr darum
grundsätzlich jeder Frau
ohne Wenn und Aber die
Abtreibung gesetzlich zu
ermöglichen. So gut wie
nie tauchte in der Diskussi-
on das ungeborene Kind
auf und sein Recht auf Le-
ben, das vernichtet wird,
bevor es überhaupt den
ersten Atemzug und Schrei
tun kann.

Wir haben eine gerechte
Lösung, dass jede Frau,
die für sich entscheidet,
das werdende Kind nicht
auszutragen, bis zum drit-
ten Schwangerschaftsmon-
at nach einer Beratung
über alle Möglichkeiten der

Hilfe für sie, straffrei abtrei-
ben kann.

Aber wo kommen wir eigent-
lich hin, wenn wir für das
Töten von ungeborenen
menschlichen Kindern Wer-
bung erlauben würden? Je-
de Frau in dieser Krisensitu-
ation muss die Möglichkeit
zu ausreichender Informati-
on haben.

Diese Erkenntnis und Rege-
lung hat die Diskussion uns
geschenkt. Dabei aber soll
und muss es bleiben, wenn
wir unser Grundgesetz ernst
nehmen.

Eine anregende Lektüre
wünsche ich Ihnen.

Herzlichst
Ihr

Zum Tod von Jörg Schönbohm

Als Mensch und Politiker
war und bleibt der frühere
brandenburgische CDU-
Landesvorsitzende und
langjährige Innenminister
Jörg Schönbohm für mich

ein Vorbild mit seiner Ge-
radlinigkeit, seiner
Menschlichkeit, seinem
Mut und seiner Wertege-
bundenheit. Einen besse-
ren Innenminister hätte ich

mir in meiner Zeit als Ober-
bürgermeister nicht vorstel-
len können.

Ich bin dankbar für die ge-
meinsame Zeit des Dienstes
und der persönlichen Begeg-
nungen. Die Trauerfeier füh-
te eindrucksvoll Familie,
Freunde und Weggenossen
zusammen, in Trauer, aber
auch im Dank und Freude
für solch ein Leben.



Nr. 27/19. WP
22. Februar

Kompetenz und Erziehungsmöglichkeiten der Eltern hinterfragen

Am Donnerstag (21.2.2019) habe ich zum Thema „Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln – Perspektive der Betroffenen und Beteiligten mit einbeziehen“ folgende Rede gehalten:

Als mir 1990 im Land Sachsen-Anhalt die Verantwortung übertragen wurde, die öffentliche Erziehung in Sachsen-Anhalt zu verändern, war das ein glücklicher Moment, weil ein Vierteljahr vorher das neue KJHG im Osten eingeführt wurde. Im Westen wurde es erst zum 1. Januar 1991 eingeführt. Warum war ich so glücklich? Ich war verantwortlich dafür, die repressiv aufgestellten Kinderheime, Jugendwerkhöfe und Spezialheime mit dem gleichen Personal und den gleichen Leitungen in eine neue Erziehungsform mit einer neuen Sicht vom Menschen überzuleiten. Das war ein sehr herausfordernder Prozess.

Was uns in der Zeit sehr geholfen hat, war, dass wir den Blick auf den Menschen verändert haben. Alle Fortbildungen, die ich organisiert habe, waren zunächst zum Menschenbild: Wer ist der Mensch, und was heißt Erziehung für diesen Menschen? Da ziehe ich jetzt, um das etwas abzukürzen, Bilanz. Die Hilfen zur Erziehung sind in den letzten zehn Jahren um 100 Prozent gestiegen. Die Zahl der Inobhutnahmen ist um 120 Prozent gestiegen. Ich sage das nicht, weil das mehr Geld kostet. Das ist gar nicht der Punkt. Das Geld wurde ja immer da ausgegeben, wo es nötig war. Ich sage das, weil wir uns die

Fragen stellen müssen: Wie kommt es denn eigentlich zu diesem Zuwachs? Müssen wir nicht die Frage nach der Kompetenz unserer Erziehungssysteme, unserer öffentlichen Erziehung stellen, wenn zum Beispiel junge Volljährige sehr lange weiter in Obhut verbleiben, obwohl sie schon lange Hilfen bekommen haben? Und müssen wir nicht fragen: Liegt es an der Kompetenz und den Erziehungsmöglichkeiten der Eltern? Diese Fragen sind in der Diskussion überhaupt noch nicht aufgetaucht.

Ich habe gestern eine Studie der Bertelsmann-Stiftung gesehen, in der 8- bis 14-jährige Kinder repräsentativ befragt wurden. 50 Prozent sagten, sie hätten Angst vor Armut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme aus einer armen Familie. Ich habe meine Eltern nie klagen hören, dass wir arm sind. Die haben mit spitzem Bleistift gerechnet, und die haben uns als Kinder an den Aufgaben beteiligt, die wir in der Familie hatten. Die haben uns Sicherheit gegeben.

Das ganze Diskutieren um die Armut! Jetzt kommt die Zahl: 96 Prozent dieser Kinder, die befragt wurden, haben ein eigenes Zimmer, haben einen eigenen Computer, haben eine eigene Arbeitsecke. 96 Prozent haben keinen Grund, sich vor Armut zu fürchten, aber sie fürchten sich, weil wir ständig schreien und darüber diskutieren, dass alle oder so viele Kinder in Deutschland so arm seien. Hier stellt sich schon die Frage: Wie gehen wir eigentlich mit unseren Her-

anwachsenden um? Geben wir ihnen Schutz, Geborgenheit und Zutrauen?

Jetzt nenne ich noch eine Zahl aus dieser Befragung: Jedes dritte Kind hat Angst vor Gewalt, vor Mobbing und vor Ausgrenzung, und das in einer Zeit, in der Kinder eigentlich behütet aufwachsen. Ich habe in einer der letzten „Zeit“-Ausgaben mit großem Interesse die Lebensgeschichte des Jungen Josh gelesen, der mit 17 Jahren an einer Überdosis Drogen gestorben ist. Das erging im Jahr 2017 1.272 jungen Menschen ebenso: Sie sind gestorben.

Dieser Josh ist ein Beispiel dafür: aufgewachsen in einem sehr behüteten Elternhaus als Einzelkind, nachweislich von den Eltern gepflegt, betreut, seinen Schwierigkeiten nachgegangen. Aber er war stark introvertiert, er hat sich nur mit seinem Computer beschäftigt, er hatte wenig Kontakte nach außen.

Zwei verschiedene Formen der Reaktion auf Angst gibt es, sagen Psychologen: Regression und Aggression. Wir haben eine Fülle von heranwachsenden Kindern, die regressiv reagieren, die den Anforderungen des Lebens gar nicht mehr gewachsen sind, weil sie in Angst aufwachsen, eine Angst, die wir ihnen nicht nehmen können.

In dieser Befragung wurde auch gefragt, was sich denn die Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren wünschen. Sie ha-

Fortsetzung meiner Rede

ben gesagt: Zuwendung, Beteiligung, Zeit, Aufmerksamkeit und Sicherheit.

Das sind Kategorien, die wir ihnen als Gesetzgeber nur bedingt zur Verfügung stellen können. Wir müssen eine große Auseinandersetzung mit

allen führen, die an der Erziehung beteiligt sind, insbesondere mit den Eltern. Erziehung ohne Eltern – selbst wenn die Eltern Schaden an ihren Kindern verursacht haben – ist nicht möglich.

Nehmen Sie das einfach mit

auf den Weg, dass wir in dieser Triade Jugendamt, Erziehungshilfe, Eltern und Kinder den Dialog führen. Unser Antrag zeigt den richtigen Weg.

Debatte um Rente für jüdische Kontingentflüchtlinge

Die finanzielle Absicherung im Alter und potentielle Altersarmut ist beständige Debatte im Bundestag und beschäftigt unsere Bürger im Wahlkreis zugleich. In einem Antrag von FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen geht es aber um die Altersabsicherung einer bestimmten Gruppe. 200.000 Juden, die seit 1991 nach Deutschland eingewandert sind, werden laut Antrag schlechter behandelt als Spätaussiedler und Spätaussiedlerinnen aus der ehemaligen Sowjetunion. Die Opposition fordert „geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Alterssi-

cherung jüdischer Kontingentflüchtlinge ... zu verbessern“. Nach der Aussprache im Plenum am 21. Februar ist der Antrag zur Beratung in den Ausschuss für Arbeit und Soziales gegangen.

Ich halte eine genaue Prüfung der Sachlage für wichtig, um festzustellen ob die Absicherung dieser Gruppe ein Härtefall ist. Es muss geprüft werden, ob eine mögliche finanzielle Absicherung nicht im Rahmen der Grundsicherung schon gegeben ist. Ebenfalls ist es wichtig zu klären, ob die Alterssicherung jüdischer Kontingentflüchtlinge nicht gegen

den Gleichheitsgrundsatz Artikel 3 des Grundgesetzes verstößt.

Ich finde es richtig diese Angelegenheit anzusprechen, weil in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg jüdische Gemeinden wieder Teil der Gesellschaft sind. In meiner Zeit als Oberbürgermeister in Frankfurt habe ich eng mit der dortigen jüdischen Gemeinde zusammengearbeitet. Auch durch meine regelmäßigen Reisen nach Israel und meinen Gesprächen mit Überlebenden des Holocausts liegen mir jüdische Themen am Herzen.

Fraktionsvorsitzender Brinkhaus zu Besuch in der AG Familie

Am Dienstag (19.2.2019) war unser Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus zu Gast in der AG Familie, Senioren,

Frauen und Jugend. Bei unserem Gespräch haben wir ausführlich über familienpolitische Ziele der Union und deren Umsetzung in der jetzigen Legislaturperiode diskutiert. Der enge Austausch mit der Fraktionsspitze ist wichtig, um gemeinsam eine nachhaltige Familienpolitik auf den Weg zu bringen.



Im Bild neben mir von links: Katharina Landgraf, Nadine Schön, Michael Kießling, Ralph Brinkhaus, Maik Beeremann, Marcus Weinberg, Melanie Bernstein und Sylvia Pantel.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Dr. Anya Quilitzsch
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de



Praktikum zur Vorbereitung für Job in der Ukraine

Während der letzten Jahre hat sich die Ukraine der EU, Kanada und anderen Demokratien so schnell wie noch nie zuvor angenähert. Die Nachfrage nach hochqualifizierten Mitarbeitern im öffentlichen Sektor oder professionellen Managern steigt stetig. Durch das Praktikum im Bundestag erhoffe ich mir, meine Fähigkeiten zu schulen und meine Kenntnisse zu erweitern, um irgendwann selbst im öffentlichen Sektor in der Ukraine oder vielleicht auch in einer internationalen Organisation arbeiten zu können.

Durch mein zweiwöchiges Praktikum im Büro des Bundestagsabgeordneten Martin Patzelt bekam ich einen sehr guten Einblick, wie die politischen Prozesse

auf Bundesebene ablaufen. Ich habe Glück gehabt, mein Praktikum während zwei Sitzungswochen ableisten zu können, da in diesem Zeitraum die Arbeit in den Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen besonders intensiv war. Ich durfte Herrn Patzelt bei drei Arbeitsgruppensitzungen, vier Ausschusssitzungen und einer Plenarsitzung begleiten. Außerdem habe ich an einem hervorragenden Programm für die CDU/CSU-Praktikanten teilgenommen.

Weiterhin habe ich ein sehr interessantes Treffen mit dem Geschäftsführer der Fraktion besucht und konnte dabei in einem offenen und ehrlichen Gespräch einen tieferen Einblick in die Arbeit der Verwaltung auf Fraktionsebene

bekommen. Es war auch interessant, zusammen mit den Abgeordneten zum Mittagessen zu gehen und informelle Gespräche zu hören.

Ich bin Herrn Patzelt und seinem Team sehr dankbar, dass ich die Möglichkeit hatte, das alles zu erleben. Ein besonderer Dank geht an Frau Dr. Blömer und Frau Frenkel, welche mich während des Praktikums betreut haben. Außerdem wollte ich mich auch bei Herrn Uwer und Oleksii Kysliak herzlich bedanken. Ich bin mir sicher, dass die Erfahrung, welche ich im Bundestag gesammelt habe, mir in meinem weiteren beruflichen Leben sehr helfen wird.

Maksym Buts